


Niederschrift der Sitzung des Stadtrates am 21.03.2019

| | |
|--|---|
| Sitzungsort: | Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt |
| Beginn: | 17:05 Uhr |
| Ende: | 19:17 Uhr |
| Anwesende Mitglieder des Ausschusses: | Siehe Anwesenheitsliste |
| Abwesende Mitglieder des Ausschusses: | Siehe Anwesenheitsliste |
| stellv. Stadtratsvorsitzender: | Herr Prof. Dr. Thumfart |
| Schriftführer/in: |  |

Tagesordnung:

| I. | Öffentlicher Teil | Drucksachen- Nummer |
|-----------|---|--------------------------------|
| 1. | Eröffnung durch den Oberbürgermeister | |
| 2. | Änderungen zur Tagesordnung | |
| 9. | Entscheidungsvorlagen | |
| 9.2. | Entwicklungskonzept 2018 des Thüringer Zoopark Erfurt Einr.: Oberbürgermeister | 1033/18 |
| 9.2.1. | Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur DS 1033/18, Entwicklungskonzept 2018 des Thüringer Zoo- park Erfurt | 2654/18 |
| 9.3. | Bibliothekskonzept der Landeshauptstadt Erfurt Einr.: Oberbürgermeister | 1950/18 |

| | | |
|---------|--|----------------|
| 9.3.1. | Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur DS 1950/18 Bibliothekskonzept der Landeshauptstadt Erfurt | 0255/19 |
| 9.3.2. | Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Drucksache 1950/18 - Bibliothekskonzept der Landeshauptstadt Erfurt | 0282/19 |
| 9.4. | Eintrittspreise Thüringer Zoopark Erfurt Einr.: Oberbürgermeister | 1975/18 |
| 9.4.1. | Antrag der FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN zur Drucksache 1975/18 Eintrittspreise Thüringer Zoopark Erfurt | 2339/18 |
| 9.9. | Billigung der Rahmenplanung für den Ortsteil Schmira (SCH014) Einr.: Oberbürgermeister | 2297/18 |
| 9.9.1. | Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 2297/18, Billigung der Rahmenplanung für den Ortsteil Schmira (SCH014) | 0550/19 |
| 9.12. | Bebauungsplan JOV416 "Bereich östlich der Greifswalder Straße" - Einleitung des Änderungsverfahrens, Billigung des Vorentwurfes und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit Einr.: Oberbürgermeister | 2430/18 |
| 9.12.1. | Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 2430/18, Bebauungsplan JOV416 "Bereich östlich der Greifswalder Straße" - Einleitung des Änderungsverfahrens, Billigung des Vorentwurfes und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit | 0549/19 |
| 9.14. | Anpassung an den Klimawandel - Maßnahmenkatalog der Landeshauptstadt Erfurt Einr.: Oberbürgermeister | 2605/18 |
| 9.15. | Richtlinie für die Gewährung von Zuschüssen zur Beseitigung von Graffiti an baulichen Anlagen Einr.: Oberbürgermeister | 2606/18 |

- | | | |
|-------|---|----------------|
| 9.20. | Beanstandung des Beschlusses zur Drucksache 2292/18 in Fassung des geänderten Antrages der Fraktion CDU (Drucksache 0284/19) - 1. Änderungssatzung der Satzung zur Erhebung von Benutzungsgebühren für die öffentliche Abfallentsorgung in der Landeshauptstadt Erfurt Einr.: Oberbürgermeister | 0298/19 |
| 9.21. | Mehr kulturelle Aktivitäten in der Stadt ermöglichen Einr.: Fraktion SPD | 0381/19 |
| 9.22. | Stadtgarten vor Vandalismus bewahren Einr.: Fraktion SPD | 0392/19 |
| 9.23. | Nicht von Pappe - Erfurt auf dem Mehrweg! Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | 0456/19 |
| 9.24. | Jahresbericht der Beteiligungsstruktur für junge Menschen in Erfurt Einr.: Jugendhilfeausschuss | 0467/19 |
| 10. | Informationen | |

1. Eröffnung durch den Oberbürgermeister

In Vertretung des Oberbürgermeisters, Herr Bausewein, eröffnete die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend, Frau Hofmann-Domke, die weiterführende Stadtratssitzung und begrüßte alle Stadtratsmitglieder, die Beigeordneten sowie die Orts-
teilbürgermeister, Pressevertreter und Gäste.

Sodann übergab sie die Sitzungsleitung an den dritten stellv. Stadtratsvorsitzenden, Herrn Prof. Dr. Thumfart.

Herr Prof. Dr. Thumfart begrüßte alle Anwesenden und gab bekannt, dass der Hauptausschuss in der Sitzung am 03.05.2011 beschlossen hat, dass die Aufzeichnung der Stadtratssitzungen im Internet als Live-Stream und eine Speicherung der Daten bis zur nächst folgenden Stadtratssitzung durch die Mediengruppe Thüringen bzw. des durch sie beauftragten technischen Dienstleisters, unter den folgenden Bedingungen erfolgt:

- Die Kameraposition und die technischen Rahmenbedingungen werden vor der jeweiligen Stadtratssitzung durch die für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit zuständige Dienststelle festgelegt. Es darf nur der jeweilige Redner am Rednerpult und das Präsidium hinter dem Rednerpult aufgezeichnet werden.
- Eine Aufnahme der Zuschauer-Empore und des Stadtratssitzungssaales ist nicht zulässig.
- Durch die Verwaltung wird der Mediengruppe Thüringen vor Beginn der Stadtratssitzung mitgeteilt, welche Personen einer Übertragung widersprochen haben. In der Sitzung können durch den stellv. Stadtratsvorsitzenden weitere Personen benannt werden. Diese Personen dürfen nicht gefilmt werden.
- Im Übrigen ist die Mediengruppe Thüringen für die rechtmäßige Live-Übertragung der Stadtratssitzung verantwortlich.

Personen, die nicht aufgezeichnet werden wollen, können dies jederzeit dem stellv. Stadtratsvorsitzenden bekannt geben.

Er fragte daraufhin, ob jemand der Aufzeichnung, soweit der Redebeitrag vom Rednerpult aus erfolgt, widerspricht. Widerspruch erhob sich nicht.

Darüber hinaus hat der Hauptausschuss in der Sitzung am 20.10.2015 die Zustimmung erteilt, dass alle Fraktionen für die laufende Wahlperiode die Redebeiträge ihrer Mitglieder am Rednerpult im öffentlichen Teil von Stadtratssitzungen in Bild und Ton mitschneiden dürfen.

Die Liste der grundsätzlich genehmigten Journalisten gemäß §15 (6) der Geschäftsordnung liegt in den Fraktionsgeschäftsstellen und der für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Dienststelle zur Einsichtnahme für die Sitzungsteilnehmer vor, teilte der stellv. Stadtratsvorsitzende weiterhin mit.

Herr Prof. Dr. Thumfart stellte fest, dass zu diesem Zeitpunkt 29 Mitglieder des Stadtrates anwesend waren. Da mindestens 26 Mitglieder des Stadtrates anwesend sein müssen, war der Stadtrat beschlussfähig, so der stellv. Stadtratsvorsitzende.

Weiterhin wies Herr Prof. Dr. Thumfart darauf hin, dass eine Pause nicht stattfindet.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Der stellv. Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Änderungen zur Tagesordnung bereits in der Sitzung am Vortag bekannt gegeben wurden.

Wie bereits am Vortag vereinbart, wurden die folgenden Drucksachen gemeinsam behandelt und getrennt abgestimmt:

- TOP 9.2 – Drucksache 1033/18
Entwicklungskonzept 2018 des Thüringer Zoopark Erfurt
Einr.: Oberbürgermeister

mit dem
- TOP 9.4 – Drucksache 1975/18
Eintrittspreise Thüringer Zoopark Erfurt
Einr.: Oberbürgermeister.

Weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung gab es nicht.

9. Entscheidungsvorlagen

9.2. Entwicklungskonzept 2018 des Thüringer Zoopark Erfurt 1033/18 Einr.: Oberbürgermeister

Wie unter TOP 2 vereinbart, wird dieser TOP gemeinsam mit dem TOP 9.4 beraten und getrennt abgestimmt, verkündete der stellv. Stadtratsvorsitzende.

Zum **TOP 9.2 – Drucksache 1033/18** gab der stellv. Stadtratsvorsitzende bekannt, dass ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 2654/18 vorliegt. Dieser ergänzte die Ursprungsdrucksache um einen weiteren Beschlusspunkt.

Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Da der Inhalt des Änderungsantrages kein Bestandteil des Entwicklungskonzeptes ist, wurde in der Sondersitzung des Werkausschusses Thüringer Zoopark Erfurt 14.03.2019 nicht darüber votiert, so der stellv. Stadtratsvorsitzende.

Der Stadtrat vertagte die Drucksache in seiner Sitzung am 06.02.2019.

In der Sondersitzung des Werkausschusses Thüringer Zoopark Erfurt am 14.03.2019

wurde die Drucksache mit folgender Änderung bestätigt (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0):

zusätzlicher Beschlusspunkt:

3.

Eine Prioritätenliste für die Umsetzung des Entwicklungskonzeptes des Thüringer Zoopark Erfurt ist dem Werkausschuss Thüringer Zoopark im III. Quartal 2019 vorzulegen.

Zum **TOP 9.4 – Drucksache 1975/18** gab der stellv. Stadtratsvorsitzende bekannt, dass ein Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN mit Drucksache 2339/18 vorliegt. Dieser änderte die Anlage 2 der Ursprungsdrucksache.

Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Dieser Antrag wurde in der Sondersitzung des Werkausschusses Thüringer Zoopark Erfurt am 14.03.2019 abgelehnt (Ja 1 Nein 3 Enthaltung 3 Befangen 0).

Der Stadtrat verwies die Drucksache in seiner Sitzung am 06.02.2019 in den zuständigen Ausschuss.

In der Sondersitzung des Werkausschusses Thüringer Zoopark Erfurt am 14.03.2019 wurde die Drucksache bestätigt (Ja 4 Nein 3 Enthaltung 0 Befangen 0).

An der gemeinsamen Beratung der Tagesordnungspunkte beteiligten sich (teilweise mehrfach):

- Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, führte zur Entwicklung des Thüringer Zoopark Erfurt aus und begründete den zusätzlichen Beschlusspunkt 03, der in der Sondersitzung des Werkausschusses Thüringer Zoopark Erfurt erarbeitet wurde. Bezugnehmend auf die Eintrittspreise und deren Erhöhung begründete er den vorliegenden Antrag seiner Fraktion (Drucksache 2339/18). Nach Ansicht seiner Fraktion fehle der Mehrwert für eine solch geplante Erhöhung der Kosten, wobei ebenso der Eintritt für Kinder zu hoch angesetzt sei. Daher bat er um Zustimmung zum Antrag seiner Fraktion. Die Konzeption für die Weiterentwicklung des Zooparks in den nächsten Jahren unterstütze seine Fraktion.
- Herr Bender, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, hielt eine Gegenrede zu den Aussagen von Herrn Stampf bezüglich der Eintrittspreise für den Thüringer Zoopark Erfurt. Seiner Ansicht nach gibt es mit dem Familienpass gute Angebote und im Vergleich mit anderen Zooparks wie Leipzig etc. sei die Erhöhung der Eintrittsgelder angemessen und notwendig für die Einnahmen und die Entwicklung des Thüringer Zooparks Erfurt.
Auch wenn der Inhalt des Antrages seiner Fraktion (Drucksache 2654/19) kein Bestandteil des Entwicklungskonzeptes ist, bittet seine Fraktion um die Abstimmung des Antrages, erklärte Herr Bender und warb abschließend für das vorliegende Entwicklungskonzept 2018 des Thüringer Zooparks Erfurt und sprach seinen Dank an die Zooparkdirektorin aus.
- Herr Stassny, Vorsitzender der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, erläuterte seine Sichtweise und sprach sich deutlich gegen die Erhöhung der Eintrittspreise aus.

Seiner Ansicht nach ist der Eintrittspreis in Höhe von 80 Euro für eine Familienkarte zu hoch für den Thüringer Zoopark Erfurt.

- Bezugnehmend auf die Aussagen von Herrn Stassny begründete der Beigeordnete für Finanzen und Wirtschaft, Herr Linnert, die Erhöhung der Eintrittsgelder mit den steigenden Kosten in allen Bereichen des Thüringer Zooparks Erfurt. Zudem verwies er auf den Familienpass, mit dem jede Familie einmal kostenlos im Jahr den Thüringer Zoopark Erfurt besuchen kann.
- Herr Dr. Duddek, Fraktion DIE LINKE., führte zum vorliegenden Konzept des Thüringer Zooparks Erfurt aus und begrüßte die daraus hervorgehende Entwicklung für die kommenden Jahre. In seinen Ausführungen zu der Erhöhung der Eintrittsgelder wies er darauf hin, dass die Deckung der Kosten nicht auf die Besucher abgewälzt werden sollte.
- Hierzu fragte Herr Metz, Fraktion SPD, seinen Vorredner woher das Geld für die gestiegenen Ausgaben im Zoopark kommen soll und wies darauf hin, dass selbst die Erhöhung der Eintrittspreise die gestiegenen Kosten nicht decken können.
- Darauf erklärte Herr Dr. Duddek, dass aus Sicht seiner Fraktion die Erhöhung der Eintrittspreise mit Blick auf das Angebot im Thüringer Zoopark Erfurt nicht gerechtfertigt sei.
- Herr Hose, Fraktion CDU, begrüßte das - nach Meinung seiner Fraktion - längst notwendige Konzept für die Weiterentwicklung des Thüringer Zooparks Erfurt und regte an, dieses zu beschließen, um mit der Umsetzung beginnen zu können und zugleich die Erhöhung der Eintrittspreise gegenüber der Bevölkerung rechtfertigen zu können. Die Frage der Finanzierung müsse jedoch weiterhin geklärt werden und diesbezüglich hoffe er auf die Werbung durch Frau Walsmann auf EU-Ebene und sich daraus ergebende Unterstützungen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, erläuterte der stellv. Stadtratsvorsitzende den Abstimmungsvorschlag. Danach werden zunächst die Drucksachen unter TOP 9.2 und anschließend die unter TOP 9.4 abgestimmt.

Zur Abstimmung unter TOP 9.2 rief der stellv. Stadtratsvorsitzende zunächst den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 2654/18), der die Ursprungsdrucksache ergänzte, zur Abstimmung auf. Dieser Antrag wurde mit

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 8 |
| Nein-Stimmen: | 11 |
| Enthaltungen: | 9 |

abgelehnt.

Sodann erfolgte die Abstimmung über die Ursprungsdrucksache in Fassung des Werkausschusses Thüringer Zoopark Erfurt.

Im Anschluss rief der stellv. Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung unter TOP 9.4 den Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN (Drucksache 2339/18), der die Anlage 2 der Ursprungsdrucksache änderte, auf. Dieser wurde mit

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen: 15
Enthaltungen: 1

abgelehnt.

Darauf folgte die Abstimmung über die Ursprungsdrucksache.

mit Änderungen beschlossen Ja 27 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Stadtrat bestätigt das vom März 2018 vorliegende Entwicklungskonzept des Thüringer Zoopark Erfurt.

02

Die Werkleitung wird ermächtigt, im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Eigenbetriebes, das Entwicklungskonzept schrittweise in den nächsten Jahren umzusetzen.

03

Eine Prioritätenliste für die Umsetzung des Entwicklungskonzeptes des Thüringer Zoopark Erfurt ist dem Werkausschuss Thüringer Zoopark im III. Quartal 2019 vorzulegen.

(redakt. Hinweis: Das Entwicklungskonzept ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.)

Im Anschluss an die Abstimmung fuhr der stellv. Stadtratsvorsitzende mit dem TOP 9.3 in der Tagesordnung fort.

**9.2.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur DS 2654/18
1033/18, Entwicklungskonzept 2018 des Thüringer Zoopark Erfurt**

abgelehnt Ja 8 Nein 11 Enthaltung 9 Befangen 0

Dieser TOP wurde nach der gemeinsamen Beratung des TOP 9.2 mit dem TOP 9.4 behandelt.

Der stellv. Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Bildung und Sport die Drucksache in seiner Sitzung am 16.01.2019 mit folgender Änderung bestätigte (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0):

Änderung Anlage 1, Seite 7, Punkt 4.1.3 Zielgruppe 3: Hilfsbedürftige

*"... Dies betrifft die zukünftig größer werdende Gruppe betagter Senioren, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind oder die Gruppe der ~~Ausländer~~ Menschen, die über noch keine ausreichenden **deutschen** Sprachkenntnisse verfügen. ..."*

Es lag ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 0255/19 vor. Dieser ergänzte die Anlage der Ursprungsdrucksache.

Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Dieser Antrag wurde in der Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport am 20.02.2019 einstimmig bestätigt, so der stellv. Stadtratsvorsitzende.

Weiterhin lag ein Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit Drucksache 0282/19 vor. Dieser ergänzte die Ursprungsdrucksache um weitere Beschlusspunkte.

Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Dieser Antrag wurde in der Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport am 20.02.2019 mit folgender Änderung bestätigt (Ja 4 Nein 1 Enthaltung 4 Befangen 0):

modifizierter Antrag der Fraktion DIE LINKE.:

"Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ergänzt:

Für das nächste Bibliothekskonzept sind die nachfolgenden Kriterien zu berücksichtigen:

- 03 *In das Bibliothekskonzept sind Aussagen zur Stadtteilbibliothek am Herrenberg und deren Entwicklung als Lern- und Bildungsort aufzunehmen.*
- 04 *Im Bibliothekskonzept sind konkrete Stellenbemessungen für die jeweiligen Arbeitsbereiche auszuführen.*
- 05 *Die Beschaffung von Medien wird im Sinne der Unterstützung des lokalen und in den Stadtquartieren verankerten Einzelhandels gemeinsam mit den in Erfurt ansässigen Buchhändlern umgesetzt."*

Der Stadtrat verwies die Drucksache in seiner Sitzung am 06.02.2019 in den zuständigen Ausschuss.

Der Ausschuss für Bildung und Sport bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 20.02.2019 bestätigt mit Änderungen (Ja 6 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0).

→ Die Abstimmung erfolgte einschließlich der Drucksache 0255/19, der modifizierten Drucksache 0282/19 sowie der Änderung der Anlage aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport vom 16.01.2019.

An der Diskussion beteiligten sich:

- Herr Czentarra, Fraktion DIE LINKE. und zugleich Ortsteilbürgermeister Herrenberg, äußerte seinen Unverständnis zum Zeitplan der Drucksache. Hierbei nahm er insbesondere Bezug auf die ehemalige Bibliothek am Herrenberg (Tungerstraße 8) und forderte, dass diese wieder als Bibliothek genutzt und in das Konzept aufgenommen werde. Dahingehend beantragte er die Überarbeitung des Bibliothekskonzeptes und die Rückverweisung in den Ausschuss für Bildung und Sport.
- Herr Dr. Duddek, Fraktion DIE LINKE., ging auf das vorliegende Konzept ein. Seiner Ansicht nach sei dieses unvollständig, da weder die Rolle noch die Stellen der verschiedenen Arten von Bibliotheken in Erfurt genannt werden. Es sei lediglich eine Aufzählung der vorhandenen Einrichtungen, es fehle aber auch eine Information zu den Besucherfrequenzen etc.. Dahingehend forderte auch er die Überarbeitung des Konzeptes.
- Herr Hose, Fraktion CDU, zeigte sich verwundert über die Aussagen seiner beiden Vorredner, da das vorliegende Bibliothekskonzept schließlich schon im zweimal im Bildungsausschuss besprochen und in der Form bestätigt wurde. Das Konzept selbst sei zunächst eine Grundlage und müsse auf jeden Fall mittelfristig überarbeitet und angepasst werden. Die weitere Nutzung des Gebäudes in der Tungerstraße 8 habe nach Ansicht seiner Fraktion ebenfalls Priorität. Dennoch solle dieses vorliegende Konzept zunächst beschlossen werden und im kommenden Jahr eine Überarbeitung erfolgen.
- Herr Bärwolff, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., erklärte, dass ein Großteil seiner Fraktion nicht der Meinung des Bildungsausschusses folge. In seinen Ausführungen verwies er auf die finanziellen Mittel des Programms „Soziales Stadt“ und hinterfragte dessen Einsatz für die Einrichtungen der Landeshauptstadt Erfurt. Wenn die ehemalige Bibliothek am Herrenberg im Jahr 2020 durch die Fortschreibung in das Konzept aufgenommen werde, dann entspreche dies dem Ansinnen seiner Fraktion.
- Herr Blechschmidt, Fraktion DIE LINKE., fragte nach der Auswertung der Bürgerbefragung zur Nutzung des leestehenden Gebäudes in der Tungerstraße 8.
- Hierzu erklärte die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend, dass die Auswertung der Bürgerbefragung zeitnah veröffentlicht werde.
- Herr Hose bemerkte, dass im vorliegenden Konzept alle Einrichtungen in Erfurt eine Rolle spielen. Dies sollte in der Diskussion um die Nutzung des Gebäudes in der Tungerstraße 8 nicht außer Acht gelassen werden.
- Herr Möller, Fraktion SPD, wies darauf hin, dass das Konzept jederzeit erweiterbar sei und bat zugleich um die zeitnahe Nachreichung der Auswertung der Befragung zur Nutzung des Gebäudes am Herrenberg.

- Abschließend mahnte Herr Blechschmidt nochmals die ausstehenden Unterlagen zur Bürgerbefragung an und bat um schnellstmögliche Information aus der Verwaltung und Veröffentlichung der Ergebnisse.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Somit ließ der stellv. Stadtratsvorsitzende zunächst den Antrag von Herrn Czentarra auf Rückverweisung der Drucksache in den Ausschuss für Bildung und Sport abstimmen. Dieser wurde mit

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 4 |
| Nein-Stimmen: | 25 |
| Enthaltungen: | 2 |

angelehnt.

Sodann erfolgte die Abstimmung über die Drucksache in Fassung des Ausschuss für Bildung und Sport.

mit Änderungen beschlossen Ja 29 Nein 1 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss:

01

Das Bibliothekskonzept der Landeshauptstadt Erfurt wird gemäß Anlage 1 beschlossen.

02

Der Stadtratsbeschluss 128/2002 vom 28.08.2002 "Bibliothekskonzeption der Stadtverwaltung Erfurt" wird aufgehoben.

03

Für das nächste Bibliothekskonzept sind die nachfolgenden Kriterien zu berücksichtigen:

- **In das Bibliothekskonzept sind Aussagen zur Stadtteilbibliothek am Herrenberg und deren Entwicklung als Lern- und Bildungsort aufzunehmen.**
- **Im Bibliothekskonzept sind konkrete Stellenbemessungen für die jeweiligen Arbeitsbereiche auszuführen.**
- **Die Beschaffung von Medien wird im Sinne der Unterstützung des lokalen und in den Stadtquartieren verankerten Einzelhandels gemeinsam mit den in Erfurt ansässigen Buchhändlern umgesetzt.**

(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 3 beigelegt.)

Im Anschluss an die Abstimmung wurde der TOP 9.9 aufgerufen.

9.3.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur DS 0255/19
1950/18 Bibliothekskonzept der Landeshauptstadt Erfurt

bestätigt mit Änderungen

9.3.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Drucksache 1950/18 - 0282/19
Bibliothekskonzept der Landeshauptstadt Erfurt

bestätigt mit Änderungen

9.4. Eintrittspreise Thüringer Zoopark Erfurt 1975/18
Einr.: Oberbürgermeister

siehe TOP 9.2

beschlossen Ja 12 Nein 9 Enthaltung 10 Befangen 0

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Eintrittspreise des Thüringer Zoopark Erfurt ab dem 01.01.2019 (siehe Anlage 2). Die bisherigen Eintrittspreise treten gleichzeitig außer Kraft.

(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.)

9.4.1. Antrag der FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN zur Drucksache 2339/18
1975/18 Eintrittspreise Thüringer Zoopark Erfurt

abgelehnt Ja 13 Nein 15 Enthaltung 1 Befangen 0

9.9. Billigung der Rahmenplanung für den Ortsteil Schmira 2297/18
(SCH014)
Einr.: Oberbürgermeister

Dieser TOP wurde nach dem TOP 9.3 behandelt.

Der stellv. Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ortsteilrat Schmira die Drucksache in seiner Sitzung am 18.02.2019 bestätigte (Ja 5 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 26.02.2019 ebenfalls (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0).

Es lag ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 0550/19 vor. Dieser ergänzte die Ursprungsdrucksache.

Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Zunächst erläuterte Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Intention des Antrages seiner Fraktion. Hierbei zog er den dritten Anstrich in der Aufzählung des Antrages zurück und den vierten Anstrich änderte er wie folgt:

- *Es ist ~~sicherzustellen~~ anzustreben, dass sämtliches Oberflächenwasser vor Ort versickern kann, um den in einer Kessellage liegenden Ortskern bei Starkregenereignissen zu schützen.*

Herr Kallenbach, Fraktion CDU, begrüßte den vorliegenden Rahmenplan für den Ortsteil Schmira und begründete seine Sichtweise. Zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN befürwortete er den zweiten Anstrich und den nun geänderten vierten Anstrich. Den ersten Anstrich werde seine Fraktion nicht mittragen und dahingehend beantragte er die Einzelabstimmung über die jeweiligen Anstriche des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 0550/19).

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, befürwortete den ersten Schritt für die Möglichkeiten der Ansiedlung im Ortsteil Schmira und signalisierte die Zustimmung seiner Fraktion zum vorliegenden Rahmenplan.

Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, sicherte ebenfalls die Zustimmung seiner Fraktion zum Rahmenplan zu.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Somit ließ der stellv. Stadtratsvorsitzende zunächst den Antrag von Herrn Kallenbach auf Einzelabstimmung der Punkte des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 0550/19) abstimmen. Dieser wurde mit

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 26 |
| Nein-Stimmen: | 0 |
| Enthaltungen: | 0 |

einstimmig bestätigt.

Somit rief der stellv. Stadtratsvorsitzende den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wie folgt einzeln zur Abstimmung auf.

Zunächst erfolgte die Abstimmung über den ersten Anstrich:

Die städtebauliche Rahmenplanung für den Ortsteil Schmira (SCH014) in der Fassung vom 09.01.2019 (Anlagen 2 und 3) wird als Arbeitsgrundlage für die Verwaltung mit folgenden Änderungen gebilligt:

- *Die Realisierung des Baugebietes „Schmira Nord“ soll im Zusammenhang mit der Vorlage des Ergebnisses zum östlich von Schmira gelegenen Suchraum für Wohnungsbau gemäß ISEK 2030 diskutiert und dann erst einer Entscheidung zugeführt*

werden. Bis dahin werden vorbereitende Maßnahmen für dieses Baugebiet zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 4
Nein-Stimmen: 18
Enthaltungen: 4

Damit wurde dieser Punkt abgelehnt.

Es folgte die Abstimmung über den zweiten Anstrich:

- *Erhaltenswerte Bestandsbäume und Grünstrukturen des Baugebietes „Am Knotenberg“ sind in die Planung zu integrieren. Hierzu unterbreitet die Verwaltung dem Stadtrat im weiteren Verfahren einen Vorschlag.*

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 20
Enthaltungen: 2

Damit wurde auch dieser abgelehnt.

Den dritten Anstrich zog Herr Kanngießer als Vertreter des Einreichers zurück.

- ~~Als Ausgleich für die Siedlungserweiterung ist der Rückbau und Renaturierung der nördlich gelegenen ehemaligen Stallanlage (siehe Anlage 2, S. 14) sowie die Entwicklung eines Grünzuges entlang der innerörtlichen Baugebietsgrenzen vorzusehen.~~

Darauf folgte die Abstimmung des vierten Anstrichs in der geänderten Fassung:

- *Es ist sicherzustellen anzustreben, dass sämtliches Oberflächenwasser vor Ort versickern kann, um den in einer Kessellage liegenden Ortskern bei Starkregenereignissen zu schützen.*

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 21
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 5

Somit wurde dieser Punkt bestätigt.

Anschließend erfolgte die Abstimmung über die Ursprungsdrucksache inkl. der zuvor bestätigten Ergänzung.

mit Änderungen beschlossen Ja 22 Nein 3 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss:

Die städtebauliche Rahmenplanung für den Ortsteil Schmira (SCH014) in der Fassung vom 09.01.2019 (Anlagen 2 und 3) wird als Arbeitsgrundlage für die Verwaltung mit folgenden Änderungen gebilligt:

- Es ist anzustreben, dass sämtliches Oberflächenwasser vor Ort versickern kann, um den in einer Kessellage liegenden Ortskern bei Starkregenereignissen zu schützen.

(redakt. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 4 a – b beigelegt.)

Im Anschluss an die Abstimmung beantragte Herr Warnecke, Vorsitzender der Fraktion SPD, den TOP 9.20 in der Tagesordnung vorzuziehen und direkt nach diesem TOP zu behandeln.

Darüber ließ der stellv. Stadtratsvorsitzende abstimmen. Mit

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen: 7
Enthaltungen: 5

wurde der Antrag bestätigt und der stellv. Stadtratsvorsitzende fuhr sogleich mit dem TOP 9.20 fort.

9.9.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur 0550/19
Drucksache 2297/18, Billigung der Rahmenplanung für
den Ortsteil Schmira (SCH014)

bestätigt mit Änderungen

9.12. Bebauungsplan JOV416 "Bereich östlich der Greifswalder 2430/18
Straße" - Einleitung des Änderungsverfahrens, Billigung
des Vorentwurfes und frühzeitige Beteiligung der Öffentlich-
lichkeit
Einr.: Oberbürgermeister

Dieser TOP wurde nach dem TOP 9.20 behandelt.

Der stellv. Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Drucksache in seiner Sitzung am 26.02.2019 bestätigte (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 27.02.2019 ebenfalls (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Es lag ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 0549/19 vor. Dieser ergänzte die Ursprungsdrucksache.

Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Zu Beginn erläuterte Herr Kanngießler, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Intention des Antrages seiner Fraktion und stellte die Situation der Bäume vor Ort dar.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, bat um die Zustimmung zur Ursprungsdrucksache und wies darauf hin, dass das Fällen von Bäumen für die Stadtentwicklung oftmals und insbesondere für diesen Bebauungsplan notwendig sei. Daher werde seine Fraktion den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 0549/19) ablehnen.

Herr Kallenbach, Fraktion CDU, befürwortete ebenfalls im Namen seiner Fraktion die Ursprungsdrucksache und begründete seine Sichtweise. Den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde seine Fraktion nicht mittragen.

Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, führte zur Situation vor Ort aus und begrüßte das Vorhaben des Investors zusätzlich eine Schule im Bereich des Bebauungsplanes zu bauen. Seine Fraktion werde der Ursprungsdrucksache zustimmen, jedoch den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ebenfalls ablehnen.

Herr Dr. Warweg wies darauf hin, dass die Drucksache nach der Einleitung des Verfahrens in den Gestaltungsbeirat gegeben werde. Hinsichtlich der Bäume sei der Gestaltungsbeirat sehr bedacht auf die Erhaltung dessen und werde alle Möglichkeiten abwägen.

Abschließend betonte Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Bedeutung und Notwendigkeit jedes Baumes.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Somit rief der stellv. Stadtratsvorsitzende zunächst den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 0549/19), der die Ursprungsdrucksache ergänzte, zur Abstimmung auf. Dieser Antrag wurde mit

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 6 |
| Nein-Stimmen: | 15 |
| Enthaltungen: | 5 |

abgelehnt.

Darauf folgte die Abstimmung über die Ursprungsdrucksache.

beschlossen Ja 22 Nein 4 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Der rechtswirksame Bebauungsplan JOV416 "Bereich östlich der Greifswalder Straße" soll geändert werden.

Mit der 1. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes werden folgende Planungsziele angestrebt:

- Flächensparende Nachnutzung einer innenstadtnah gelegenen Brachfläche zum Wohnungsbau
- Sicherung des Gewerbestandortes am Heckerstieg
- Entwicklung eines neuen, energieeffizienten urbanen Stadtteils und attraktiven Wohngebietes mit ca. 450 bis 500 WE
- Sicherstellung der architektonisch-gestalterischen Qualität der Gebäude durch planungsrechtliche Umsetzung eines in einem Wettbewerbsverfahren zu entwickelnden Baukonzeptes für die Wohnbebauung
- Qualitätvolle Gestaltung und Begrünung der privaten und öffentlichen Freiflächen
- Definition der inneren Verkehrserschließung des Quartiers und Anbindung an das vor-handene Straßennetz, Unterbringung des ruhenden Verkehrs in Tiefgaragen / Garagen-geschossen
- Sicherung und Entwicklung einer Gemeinbedarfsfläche für den Bau einer Schule mit bis zu 830 Schülern
- Entwicklung eines zentralen Versorgungsbereiches im Kreuzungsbereich Greifswalder Straße / Leipziger Straße
- Festsetzung und Umsetzung notwendiger Umweltschutzmaßnahmen, insbesondere zu Lärm, Altlasten etc.

Mit dem geänderten Bebauungsplan sollen die Erhaltungs- und Sanierungsziele der Sanierungssatzung KRV421 "Äußere Oststadt" gebietsbezogen konkretisiert werden.

02

Der Vorentwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes JOV416 "Bereich östlich der Greifswalder Straße" in seiner Fassung vom 21.01.2019 (Anlage 2) und die Begründung (Anlage 3) werden gebilligt.

03

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB wird durch öffentliche Auslegung des Vorentwurfes des Bebauungsplanes und dessen Begründung durchgeführt.

Gemäß § 4 Abs. 1 Satz 1 BauGB werden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche durch die Planung berührt werden, beteiligt.

04

Der Flächennutzungsplan soll im Parallelverfahren nach § 8 Abs. 3 BauGB geändert werden.

05

Bei der 1. Änderung des Bebauungsplanes JOV416 "Bereich östlich der Greifswalder Straße" sind mietpreis- und belegungsgebundene Wohnungen in Höhe von bis zu 20 % gemäß dem Erfurter Baulandmodell vorzusehen.

06

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung zur Durchführung eines Grundstückstausches mit dem betroffenen Grundstückseigentümer (Erschließungsträger) zur Bildung eines Grundstückes von ca. 16.000 qm für den Schulneubau.

07

Der Stadtrat beschließt die Grundzüge der Auslobung für den Realisierungswettbewerb "Wohnviertel Greifswalder Straße" (Anlage 4.1).

08

Für den Neubau der Schule ist ein hochbaulicher Realisierungswettbewerb eingebettet in ein VgV-Verfahren vorzusehen.

09

Für den geplanten zentralen Versorgungsbereich soll ein hochbaulicher Realisierungswettbewerb durchgeführt werden.

(redakt. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 6 a – d beigelegt.)

Im Anschluss an die Abstimmung wies der stellv. Stadtratsvorsitzende auf die Schwierigkeit der Sitzungsleitung hin. Durch das ständige Verlassen des Sitzungssaales einzelner Stadtratsmitglieder sei die Beschlussfähigkeit des Stadtrates kontinuierlich gefährdet.

Daraufhin bat er die Fraktionsvorsitzenden nach vorn.

Im Anschluss teilte der stellv. Stadtratsvorsitzende, Herr Prof. Dr. Thumfart, mit, dass er aufgrund eines persönlichen Termins die Sitzung verlassen muss. Da zu diesem Zeitpunkt lediglich 26 Mitglieder des Stadtrates anwesend waren, war der Stadtrat mit dem Fortgang von Herrn Prof. Dr. Thumfart beschlussunfähig.

Somit stellte die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend, Frau Hofmann-Domke, die Beschlussunfähigkeit des Stadtrates fest und beendete die Sitzung des Stadtrates.

| | | |
|---------|--|---------|
| 9.12.1. | Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 2430/18, Bebauungsplan JOV416 "Bereich östlich der Greifswalder Straße" - Einleitung des Änderungsverfahrens, Billigung des Vorentwurfes und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit | 0549/19 |
|---------|--|---------|

abgelehnt Ja 6 Nein 15 Enthaltung 5 Befangen 0

- 9.14. Anpassung an den Klimawandel - Maßnahmenkatalog 2605/18
der Landeshauptstadt Erfurt
Einr.: Oberbürgermeister

Stadtrat nicht beschlussfähig

- 9.15. Richtlinie für die Gewährung von Zuschüssen zur Besei- 2606/18
tigung von Graffiti an baulichen Anlagen
Einr.: Oberbürgermeister

Stadtrat nicht beschlussfähig

- 9.20. Beanstandung des Beschlusses zur Drucksache 2292/18 0298/19
in Fassung des geänderten Antrages der Fraktion CDU (Drucksache 0284/19) - 1. Änderungssatzung der Satzung zur Erhebung von Benutzungsgebühren für die öffentliche Abfallentsorgung in der Landeshauptstadt Erfurt
Einr.: Oberbürgermeister

Der TOP wurde vorgezogen und nach dem TOP 9.9 behandelt.

Der stellv. Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Hauptausschuss die Drucksache in seiner Sitzung am 19.03.2019 bestätigte (Ja 4 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0).

Zu Beginn begründete Herr Pfistner, Fraktion CDU, die Ablehnung der Drucksache 2292/18 in der letzten Sitzung des Stadtrates. Zudem äußerte er sein Unverständnis darüber, dass die Verwaltung auf der eingereichten Kalkulation beharrt und kritisierte zugleich, dass über das neue Abfallwirtschaftskonzept der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt Kenntnis erhielt, jedoch nicht der eigentlich zuständige Ausschuss – der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen – informiert wurde. Abschließend gab er bekannt, dass er auch diese Drucksache ablehnen werde, da – nach Ansicht seiner Fraktion – die neue Abfallgebührensatzung den Bürgern nicht zuzumuten sei.

Herr Bärwolff, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., äußerte Kritik zum Verfahren mit dem abgelehnten Beschluss zur Abfallgebührensatzung. Zugleich sollte das Dreiecksverhältnis zwischen der Stadt, der TUS und den Stadtwerken überdacht werden, bemerkte Herr Bärwolff und regte an, sich für das zukünftige Verfahren rechtzeitig Gedanken zu machen und abzuwägen wie es mit den Gebühren für den Müll in Erfurt weiter geht.

Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sprach sich dafür aus, die Kalkulation heute abzustimmen und bat um Zustimmung zur vorliegenden Drucksache.

Herr Pfistner fordert abschließend eine deutliche Aufschlüsselung der Gebührenkalkulation und die verständliche nachvollziehbare Erklärung zu den Erhöhungen der Gebühren für die Bürger.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Somit rief der stellv. Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Drucksache auf.

beschlossen Ja 15 Nein 5 Enthaltung 6 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Beschluss des Stadtrates zur Drucksache 2292/18 in Fassung des geänderten Antrages der Fraktion CDU (Drucksache 0284/19) mit dem Titel "1. Änderungssatzung der Satzung zur Erhebung von Benutzungsgebühren für die öffentliche Abfallentsorgung in der Landeshauptstadt Erfurt" wird aufgehoben.

02

Die Abfallgebührenkalkulation für den Zeitraum 2019 – 2021 gemäß Anlage 4 wird bestätigt.

03

Die 1. Änderungssatzung der Satzung zur Erhebung von Benutzungsgebühren für die öffentliche Abfallentsorgung in der Landeshauptstadt Erfurt - Abfallgebührensatzung (Abf-GebS) – gemäß Anlage 1 wird beschlossen.

(redakt. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 5 a – b beigelegt.)

Im Anschluss an die Abstimmung wurde der TOP 9.12 behandelt.

9.21. Mehr kulturelle Aktivitäten in der Stadt ermöglichen 0381/19
Einr.: Fraktion SPD

Stadtrat nicht beschlussfähig

9.22. Stadtgarten vor Vandalismus bewahren 0392/19
Einr.: Fraktion SPD

Stadtrat nicht beschlussfähig

9.23. Nicht von Pappe - Erfurt auf dem Mehrweg! 0456/19
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Stadtrat nicht beschlussfähig

9.24. Jahresbericht der Beteiligungsstruktur für junge Menschen in Erfurt
Einr.: Jugendhilfeausschuss

0467/19

Stadtrat nicht beschlussfähig

10. Informationen

Stadtrat nicht beschlussfähig

gez. Prof. Dr. Thumfart
stellv. Stadtratsvorsitzender

gez. 
Schriftführer/in